

„Vieles bewegt sich nur im Kriechgang“

SIEGEN / OLPE Kammerpräsident Klaus Vetter ging beim IHK-Jahresempfang mit der Politik hart ins Gericht

In der Siegerlandhalle sprach der Unternehmer vor 1500 Gästen Tacheles.

ch/sz ■ Bald ist Schluss. Im März wählen zig Tausend Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammer Siegen ihr neues „Parlament der Wirtschaft“ – die Vollversammlung der Kammer. Dann endet auch die Amtszeit des IHK-Präsidenten Klaus Vetter. Der Unternehmer führt die IHK bereits seit 2008. Nach sechs Jahren engagiertem Ehrenamt bzw. drei Amtszeiten kandidiert Vetter nicht mehr. Er zog jetzt in aller Öffentlichkeit bereits eine Art Bilanz. Beim jüngsten Jahresempfang der Kammer in der Siegerlandhalle benannte er bei der Begrüßung des Ehrengastes – Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert – den Stand der Dinge aus Sicht der heimischen Wirtschaft – und musste feststellen: „Vieles bewegt sich nur im Kriechgang oder überhaupt nicht!“

Zum Beispiel beim Thema Verkehr. Seit Jahren fordere die Region bessere Straßen und modernere Schienenwege. Vetter: „Kraft, Duin und Groschek sind alle des Lobes voll, wenn sie über die Wirtschaft Südwestfalens sprechen. Es ehrt uns sogar, wenn Ministerpräsident Hannelore Kraft sagt, wir hätten es nicht nötig, den Pelz nach innen zu tragen. Oder, wenn Verkehrsminister Michael Groschek im Dezember uns zuruft, dass wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen brauchen. Was nutzt uns das, wenn wir daraus nicht Erfolge ableiten können oder nur in Tripelschritten weiterkommen!“ Etwa bei den Zugverbindungen. Die Ruhr-Sieg-Strecke ist bundesweit als bedeutender Schienekorridor anerkannt. Der Ausbau von Hagen bis Frankfurt soll in das Ausbauprogramm der Deutschen Bahn platziert werden. Vetter: „Die Frage ist: Wann?“

Trippelschritte auch beim Autobahnausbau: Der durchgehende sechsspurige Ausbau der A 45 einschließlich Erneuerung bzw. Sanierung aller Brücken von Hagen bis in den Gießener Raum wird in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Das ist unstrittig. Was da drin steht, wird auch umgesetzt, sobald die planerischen Voraussetzungen erledigt sind, so der IHK-Präsident weiter. Vetter: „Hier ist richtig Dampf hinter, denn alle Brücken von Hagen bis Dillenburg sind so marode, dass über 50 Tonnen Gesamtgewicht nichts mehr läuft. Ein großes Problem unserer Region, die auf Sonder- und Schwertransporte angewiesen ist!“ Die aktuelle Sauerlandlinien-Ausführungszeit: Beginn innerhalb der nächsten zwei Jahre, Ende in zehn bis 20 Jahren.

An dieser Stelle durfte bei der Rede eines nicht fehlen: die vehemente Forderung nach der Route 57. Mit ihr habe man die Anbindung Wittgensteins auf eine Minimalforderung zurückgeschraubt. Vetter: „Wir brauchen diese Anbindung dringend für die Menschen dieser Region, aber auch für die Betriebe, die im Vertrauen auf eine bessere Anbindung investiert haben!“ Man dürfe sich nicht von der niedrigen Arbeitslosenzahl in Wittgenstein blenden lassen. Wenn man die täglichen Auspendler ins Siegerland und nach Hessen berücksichtige, dann sehe die Faktenlage ganz anders aus. Der Kammerpräsident erinnerte an nahezu 17 000 Unterschriften, welche die „Aktionsgemeinschaft Route 57“ eingesammelt hat. Natürlich fordere auch die IHK, dass die Anbindung insgesamt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. „Die Umsetzung gelingt aber nur, wenn wir die Planungen auch wirklich zu Ende führen können“, betonte Vetter.

Sein Fazit zum Thema Verkehr: Die Kammern – auch in Hagen oder Arnsberg etwa – „stehen Seite an Seite mit den Landräten und kämpfen seit Jahrzehnten um eine Verbesserung der Infrastruktur Südwestfalens. Wir brauchen insgesamt eine deutliche Verbesserung. Das ist eine klare politische Forderung!“ Mit der Wirtschaftskraft, die die beiden Kreise Siegen-

Wittgenstein und Olpe als Industriestandort Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen hätten, dürfe man sich nicht mit Versprechungen weiter abspesen lassen. Die Forderungen müssten die Landes- und Bundespolitiker stärker als bisher vertreten und klare Kante zeigen.

Ein Appell, der zugleich für das Thema Gewerbeflächen gelten könnte. Von den gesamten Siedlungs- und Verkehrsflächen landesweit entfielen rund 3 Prozent auf Gewerbe und Industrie, so Vetter. Trotzdem werde immer wieder der Vorwurf erhoben, der Flächenverbrauch der Wirtschaft sei übertrieben hoch. Die Landesregierung plant deshalb, künftig den Flä-

„Die Kommunen, denen es noch nicht so ganz schlecht geht, sollen sich an der Hilfe für noch finanzschwächere Städte und Gemeinden beteiligen. Aus unserem IHK-Bezirk müssen zehn von 18 Kommunen allein in diesem Jahre insgesamt 10 Mill. Euro abführen. Gefühlt eine Bestrafung für gutes Wirtschaften!“

Die Vollversammlung der Kammer habe deshalb bei der Landesregierung und bei den Landtagsabgeordneten in scharfer Form hiergegen protestiert. Vetter: „Das Ganze nennt sich Stärkungspakt. Gestärkt werden mal wieder aus meiner Sicht die Ruhrgebietsstädte, die in der Mehrzahl von dem Kommunalsoli profitieren!“ Es

Alle zusammen produzieren immer größere Mengen an Strom, den dann, wenn er produziert wird, keiner will und keiner braucht, auch im Ausland nicht.

Vetter: „Wir bezahlen sogar dafür, um überschüssigen grünen Strom ins Ausland zu liefern!“ Immer, wenn die Sonne scheint, geht der Strompreis an der Börse in den Keller, weil Unmengen produziert werden. Da der Strom noch nicht gespeichert werden kann, müssen nachts, wenn keine Sonne scheint, die konventionellen Kraftwerke angeworfen werden. „Angesichts dieser absurden Verhältnisse muss der Förderunsinn, so wie es der Sachverständigenrat empfiehlt, endlich ein Ende



Vor allem die vermeintlich schlecht gemachte Energiewende kritisierte Klaus Vetter. Mit Blick auf die Photovoltaik sagte er z. B.: „Wir bezahlen sogar dafür, um überschüssigen grünen Strom ins Ausland zu liefern!“
Fotos: kalle (l.)/Archiv

chenverbrauch auf Null zu reduzieren, also Stillstand. „Das darf nicht wahr werden!“ Die Stadt Siegen sei ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn über längere Zeiträume Gewerbeflächen fehlen. Industriebetriebe wandern ab. Die Gewerbesteuererinnahmen brechen ein! Der Kammerpräsident zitierte Siegens Bürgermeister Steffen Mues, der im städtischen Haushalt das Fehlen von 35 Mill. Euro Gewerbesteuer beklagt.

Die Folgen seien dramatisch. Die Erschließung der Martinshardt und des Leimbachtals konnte aus bekannten Gründen erst viel zu spät umgesetzt werden, sodass viele bekannte Unternehmen und kräftige Steuerzahler über die Jahre der Krönchenstadt den Rücken gekehrt haben. Wie stark der Druck der Neuan-siedlungen sei, zeige laut Vetter, dass die Industrie- und Gewerbeflächen Martinshardt vollständig und Leimbach zu 60 Prozent in kürzester Zeit verkauft wurden. Dies sei ein Beweis dafür, dass nicht nur in Siegen, sondern in der gesamten Region auch zukünftig weitere Flächen benötigt werden, um Wirtschaftskraft zu sichern.

Das Stichwort Gewerbesteuer führte den IHK-Präsidenten zum Thema Kommunal-finanzen. Mit Sorge verfolge die Wirtschaft im IHK-Bezirk deren Entwicklung. Mit dem „Stärkungspakt Kommunal-finanzen“, will die Landesregierung den Kommunen auf ihrem Weg aus der Überschuldung helfen. Das klinge in Veters Ohren erst einmal gut. Der Haken dabei:

könne doch nicht sein, dass Südwestfalen über Jahrzehnte mit guten Zahlen die Strukturkrise bewältigt, das Ruhrgebiet aber auf der Stelle tritt, obwohl Milliarden in den Strukturwandel Ruhr geflossen sind. Ein Ende sei nicht in Sicht. „Natürlich hätten auch wir in Südwestfalen die Hand aufhalten können und aus jeder stillgelegten Hütte, Eisenerzgrube oder Brauerei ein Museum, und eine große Eventkultur, aufbauen können“, so Vetter lakonisch.

Harsche Kritik dann bei einem ganz anderen „Infrastrukturthema“ im weitesten Sinne. Der IHK-Präsident beklagte die seiner Meinung nach bislang schlecht gemachte Energiewende. Vetter: „Ich persönlich und auch die Industrie- und Handelskammern sind nicht grundsätzlich gegen die Energiewende. Die Wirtschaft braucht aber, wenn sie international wettbewerbsfähig bleiben soll, eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Davon entfernen wir uns aber immer weiter!“ Vetter lieferte Zahlen. Im vergangenen Jahr bezahlten Unternehmen und Privathaushalte bundesweit über die sogenannte EEG-Umlage immerhin 20 Mrd. Euro für Strom, der an der Strombörse nur 3 Mrd. Euro wert war! Im Jahre 2014 werden es schon 23,6 Mrd. sein, die wir zahlen müssen – eine Steigerung von 18 Prozent!“

Die Stromkosten in der Industrie sind von 2007 bis 2012 allein um 45 Prozent gestiegen. Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Photovoltaikerzeugern ist inzwischen auf 108 Mrd. Euro angestiegen.



haben. Mit Marktwirtschaft hat das alles schon lange nichts mehr zu tun“, sagte Vetter.

Und fügte hinzu: In der Öffentlichkeit werde „gerne“ der Eindruck erweckt, dass der größte Teil der Industrieunternehmen von der EEG-Umlage befreit und vor allem deshalb der Strom so teuer sei. Mitnichten sei dem so: 2013 waren bundesweit 1700 Betriebe und in Siegen-Wittgenstein und Olpe gerade einmal 24 Unternehmen von der Umlage ausgenommen. Zum Beispiel die Walzengießler, aber auch die Deutschen Edelstahlwerke in Geisweid. Besonders betroffen sind die Unternehmen, die einen hohen Stromverbrauch haben, aber trotzdem die Befreiungskriterien nicht erfüllen. Deshalb sei es mit den Befreiungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht getan. Vetter: „Mit den Regelungen wird nur am System herumgedreht. Die Ursachen des ständig steigenden Energiepreises müssen deshalb angegangen und das EEG muss grundsätzlich überarbeitet werden!“

Die Umsetzung der Energiewende und deren Folgen seien geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und in Teilen auch deren Bestand zu gefährden. Am Ende von Veters Rede dann doch so etwas wie Hoffnung. Für Minister Gabriel sei das Themenfeld eine Großbaustelle. „Ich hoffe, dass er den Rücken steif hält und sich nicht von der Energielobby erpressen lässt. Seine jüngsten Vorschläge gehen in die richtige Richtung.“